

„Das Leben macht auf eine Art Spaß“

FORSCHUNG Für eine Landesgesundheitsstudie haben Wissenschaftler in Neubrandenburg statistische Daten und Befragungen aus 28 Dörfern ausgewertet.

VON MARINA SPREEMANN

NEUBRANDENBURG. Aus der Großstadt aufs platte Land. Vorbei mit der Nähe zu Kino, Theater, Einkaufszentren. Dafür Natur pur und Gespräche über den Gartenzaun. Dass das Landleben aber nicht nur Idylle bedeutet, war Christine Nebelung bei ihrem Umzug von Berlin in „ihr“ Dorf im Nordosten wohl durchaus klar. Sie konnte ihr privates Interesse mit beruflichen Erfahrungen verbinden. Die Ethnologin gehört nämlich zu einer Forschungsgruppe an der Neubrandenburger Hochschule, die sich mit dem Thema „Gesundheit und Lebensführung in nordostdeutschen Landgemeinden“ beschäftigt hat.

„Wir sind davon ausgegangen, dass der Ort oder die Region, in der ein Mensch lebt, mit den verfügbaren Lebenschancen die Handlungsweisen beeinflusst, nicht zuletzt im Hinblick auf die eigene Gesundheit“, erklärt sie.

Die Forscher um Professor Thomas Elkeles waren für ihre Studie in 28 Orten aus 14 Gemeinden unterwegs. Sie haben die über 18-jährigen Bewohner gebeten, einen 40 Seiten langen Fragebogen auszufüllen. Mehr als ein Drittel der Leute kam ihrer Bitte nach. Außerdem waren die Wissenschaftler und Studenten zu teilweise stundenlangen Interviews und Beobachtungen in den Dörfern unterwegs. „Dabei haben wir mit den Bürgermeistern zusammengearbeitet und hatten Helfer aus den Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern und Nordbrandenburg an unserer Seite. Sie haben uns viele Türen geöffnet. Sonst wären wir sicher nicht mit so vielen Menschen ins Gespräch gekommen, die uns teilweise – wenn auch anonymisiert – sehr persönliche Fragen beantwortet haben“, betont Christine Nebelung.

Eine der Besonderheiten dieses Projektes: Die neuen Daten konnten im Vergleich mit Erhebungen aus gut 35 Jahren ausgewertet und somit Entwicklungen über einen langen Zeitraum verglichen werden. An der Hochschule hatte sich ein Projektleiter gemeldet, der 1973 eine landmedizinische Erhebung in zufällig ausgewählten Dörfern im Bezirk Neubrandenburg gemacht hatte. „Er hatte die Unterlagen auf dem Dachboden der Schwiegereltern gelagert und suchte nun einen Nachfolger für sein Lebenswerk“, erinnert sich Elkeles.



Der „Konsum“ ist ein traditioneller Treffpunkt in ostdeutschen Dörfern gewesen. Hier begegnen sich die Nachbarn, tauschen Klatsch aus, erfahren Neues aus dem Ort. Wo es den Dorfläden und andere gemeinschaftliche Einrichtungen nicht mehr gibt, ist die Initiative der Einwohner wichtig, auch für ihre eigene Zufriedenheit. Diesen Aspekt haben Neubrandenburger Forscher bei ihrer Studie zur Landesgesundheit herausgearbeitet.

FOTOS: ARCHIV

„Ich war damals in Neubrandenburg als Professor neu berufen, also bekam ich die Akten auf den Tisch und habe damit sozusagen diese Lebensaufgabe übernommen“, sagt er. Inzwischen liegen entsprechende Daten aus den Jahren 1973, 1994 und nun aus der aktuellen, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Erhebung vor.

Aber auch, dass die Neubrandenburger nicht allein eine Alkohol- oder eine Ernährungsstudie vorlegen, sondern einen Themenschmasch, wie Elkeles sagt, ist ungewöhnlich. „Es geht um Gesundheit im Rahmen des Alltags, um Verhaltensweisen und Lebensbedingungen“, erklärt Christine Nebelung. Zu den Ergebnissen erläutern die Wissenschaftler in ihren Zusammenfassungen: „Im Bundesvergleich ist die Krankheits-

last der Bevölkerung in der untersuchten Region überdurchschnittlich hoch, und das gesundheitliche Befinden sowie die Zufriedenheit vor allem mit der Arbeitssituation und der finanziellen Lage deutlich unterdurchschnittlich.“ Die negativen Auswirkungen der Ländlichkeit und Peripherie der Untersuchungsregion für die Gesundheit dominierten, es seien aber auch für den ländlichen Raum spezifische Gesundheitspotenziale zu erkennen.

Als Beispiele dafür nennen die Forscher unter anderem die Arbeit im eigenen Garten und am eigenen Haus sowie die „hohe soziale Integration in die dörfliche Gemeinschaft“.

Christine Nebelung berichtet von einem Beispiel: Ein Paar in den 40ern, beide aus der Landwirtschaft und arbeitslos geworden. Nach einem Schicksalsschlag erleb-

ten die beiden Interessenlosigkeit, Depressionen, Flucht in den Alkohol. Mit Hilfe eines Arztes konnten sie sich neu orientieren, kauften ein altes, kleines Haus mit Grundstück, haben Haustiere angeschafft.

Die Folge für beide: ausgefüllte Tage, sinnvolle Tätigkeit, Aus-

gleich für den Körper. Inzwischen engagieren sie sich für das solidarische Miteinander im Dorf, helfen Bedürftigen, organisieren Nachbarschaftsaktionen. Alkohol spielt keine Rolle mehr für sie. Auch wenn sich beide keine Chancen mehr auf einen Job ausrechneten, hätten sie durch eigene Initiative, durch ihr

Engagement ihr Selbstbewusstsein gestärkt. Anerkennung gefunden und wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung und Aufrechterhaltung ihres Gesundheitsbewusstseins geschaffen, erklärt die Ethnologin. „Darum macht das Leben auf eine Art auch Spaß“, kann sie die Frau zitieren.



Thomas Elkeles

FOTO: HOCHSCHULE

Ausgewählte Ergebnisse der Studie

Die Ergebnisse der Studie „Gesundheit und Lebensführung in nordostdeutschen Landgemeinden“ haben die Wissenschaftler der Neubrandenburger Hochschule auch den Bürgermeistern der beteiligten Orte zur Verfügung gestellt. Die Forscher wollen mit den Daten weiter arbeiten und ihren Blick auf verschiedene Aspekte „scharf stellen“. Sie hoffen auf weitere Gespräche, vielleicht einen Kongress zu der Studie, und die Mög-

lichkeit, weiter zu forschen. Einige ausgewählte Ergebnisse:

- Die Häufigkeit von Bluthochdruck, Diabetes und Adipositas sowie Fettleibigkeit ist bei den Befragten über die Jahre stetig angestiegen. Der durchschnittliche Body-Mass-Index (BMI) der Landbewohner liegt 2004/2008 mit 27,4 höher als der der erwachsenen Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns mit 26,3 und auch höher als der in allen anderen Bundesländern.

- Die Zufriedenheit in der Untersuchungsregion hat sich zwischen 1994 und 2004/2008 in fast allen Bereichen, vor allem bei der finanziellen Situation, der Arbeitssituation und der familiären Lage verschlechtert.
- Im Bundesvergleich ist die Krankheitslast der Bevölkerung in der Region überdurchschnittlich hoch, die Zufriedenheit vor allem mit der Arbeitssituation und der finanziellen Lage deutlich unterdurchschnittlich.

Bescheidenes Paket gegen Hartz-IV-Karrieren

SOZIALES Verbände und Opposition kritisieren das Bildungspaket. Es halte nicht das, was in Aussicht gestellt wurde.

VON KARL-HEINZ REITH, DPA

BERLIN. Seit zehn Jahren belegt die PISA-Forschung mit jeder Studie erneut: In kaum einem anderen Industriestaat der Welt ist der Bildungserfolg von Jugendlichen so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland. Bildungsforscher sprechen inzwischen von regelrechten „Hartz-IV“- oder „Sozialgesetzbuch-Karrieren“. Leben die Eltern dauerhaft von „Stütze“, ist das Scheitern der Kinder im Bildungssystem in der Regel programmiert.

Das Bundesverfassungsgericht stellt dazu in seinem Hartz-IV-Urteil vom 9. Februar mit schnörkelloser Sprache fest: Ohne hinreichende staatliche Unterstützung

bestehen für diese Kinder die Gefahr, dass sie in ihren „Möglichkeiten eingeschränkt würden, später ihren Lebensunterhalt aus eigenen Kräften bestreiten zu können“. Dabei geht es den Verfassungsrichtern auf jeden Fall um mehr als nur um die Schulmaterialien wie Bücher, Hefte oder Taschenrechner.

Vielmehr gesteht das Gericht auch Kindern von Hartz-IV-Behördlichen ein eigenständiges „menschwürdiges Existenzminimum“ zu – und damit ein Teilhaberecht am gesellschaftlichen Leben Gleichaltriger. Das heißt: Teilhabe an Schulmittagessen und Klassenfahrten, aber auch Teilhabe an Sport und Spiel und außerschulischen kulturellen Aktivitäten wie Musikunterricht oder Vereinsleben.

Rund 1,7 Millionen der unter 18-Jährigen in Deutschland werden in Familien groß, in denen die Eltern ausschließlich von

Hartz-IV-Unterstützung leben. 1,1 Millionen davon sind Schüler. Rechnet man die Kinder der sogenannten Aufstocker und Geringverdiener hinzu, so sind dem jüngsten Bildungsbericht von Bund und Ländern zufolge insgesamt 3,4 Millionen der unter 18-Jährigen von Armut bedroht.

Mit ihrem Vorstoß für einen elektronischen Bildungschip hatte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vor Wochen hohe Erwartungen geweckt: Auch für die Kinder der Ärmsten in dieser Gesellschaft sollte ausreichend Geld für Nachhilfe da sein, zum Beispiel für Instrumentenlernen und Musikunterricht, Museumseintritt oder Schwimmbad und Sportverein. Doch gleich, ob nun diese Hilfen per Chip oder klassisch per Gutschein oder Antrag abgewickelt werden: Das präsentierte Bildungspaket fällt wesentlich bescheidener aus, als es die Ankündigungen

zunächst einmal vermuten ließen. Pauschal 10 Euro monatlich sollen nach dem Gesetzentwurf jedem Jugendlichen aus einer Hartz-IV-Familie für diese außerschulischen Aktivitäten zur Verfügung stehen. Über notwendigen Nachhilfeunterricht, der dann vom Jobcenter bezahlt werden kann, entscheidet die Schule. Ähnlich ist es bei den Kosten für Klassenfahrten. Bietet die Kita oder die Ganztagschule ein warmes Mittagessen für die Mädchen und Jungen an, übernimmt der Bund den Betrag, der über einen Euro Eigenanteil hinausgeht.

Das bisher schon vom Bund bezahlte jährliche 100-Euro-Schulbedarfspaket für Lernmaterial wird künftig gesplittet: 70 Euro gibt es im ersten Schulhalbjahr, 30 Euro im zweiten. Hiervon sollen nach dem Willen des Arbeitsministeriums nicht nur Schüler aus Hartz-IV-Familien profitieren, sondern alle Kinder von Geringverdienern, allerdings mit entsprechenden Abschlägen.

480 Millionen Euro hatte Bundesfinanzminister Wolfgang

Schäuble (CDU) gleich nach dem Verfassungsurteil vorsorglich für das Bildungspaket in einem Sonderhaushalt geparkt. Abgezwickelt wurde das Geld aus den 12 Milliarden, die der Bund laut Koalitionsvertrag bis 2013 mehr für Bildung und Forschung ausgeben will.

Das Schulbedarfspaket, das künftig Schulbasispaket heißen soll, ist bereits seit der Großen Koalition im Haushalt des Arbeitsministeriums mit 125 Euro ausgewiesen. Neu aufbringen – und damit natürlich an anderer Stelle im Sozialetat einsparen – muss Ursula von der Leyen rund 120 Millionen Euro für das Mittagessen.

Wegen der geplanten Bildungshilfen muss von der Leyen ohnehin

noch den Schulterschluss mit den Ländern suchen. Die SPD-geführten Länder werden aller Voraussicht nach nicht nur wegen der aus ihrer Sicht dürftigen 5-Euro-Erhöpfung beim Regelsatz, sondern auch wegen des Bildungspaketes den Vermittlungsausschuss anrufen.

Der Bildungschip, der nicht nur bei der SPD, sondern auch bei der CSU auf äußerste Skepsis stieß, ist im Gesetzentwurf nur noch als Option ausgewiesen. Doch die Zeit eilt. Das neue Gesetz soll nach dem Willen der Verfassungsrichter zum 1. Januar 2011 greifen. Dazu müsste es aber bei der letzten Bundesratssitzung in diesem Jahr am 17. Dezember die Zustimmung der Länder erhalten. Das gilt als unwahrscheinlich.

Gleichwohl zeigte sich von der Leyen trotz der heftigen Kritik immer noch zuversichtlich. Sie halte es mit Johann Wolfgang von Goethe, hieß es: „Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man etwas Schönes bauen.“



U. von der Leyen

FOTO: DPA